

V-27 Humanität und Menschenrechte schützen! Eine humane Asylpolitik verteidigen!

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 04.05.2024
Tagesordnungspunkt: TOP 10 Verschiedenes

1 Europa und insbesondere Deutschland bietet Frieden, Freiheit und Sicherheit -
2 nicht nur den
EU-Bürger*innen, sondern auch Menschen, die aus ihren Heimatländern fliehen
müssen.

3 Eine Asyl- und Migrationspolitik der Humanität und Menschenrechte ist
4 Deutschlands
5 historische, grundgesetzliche und völkerrechtliche Verpflichtung. Wir
6 Bündnisgrüne in Berlin
7 werden niemals unsere Verantwortung, unsere Menschlichkeit und unsere Empathie
8 aufgeben. Im
Zentrum unserer Politik steht immer der Mensch in seiner Würde und Freiheit. Die
Menschenrechte stehen über allem und sie gelten uneingeschränkt für alle. Wir
stehen
unverhandelbar zum Recht auf Asyl. Dafür werden wir immer und unnachgiebig
kämpfen.

9 Wir nehmen den einzelnen Menschen in den Mittelpunkt, wir sehen das Leid, und wir
10 helfen, wo
11 es nötig ist. Damit das gelingt, ist auch eine vorausschauende Politik notwendig,
12 die mit
dynamischen Situation gut umgehen kann. Das sichert, dass die Bevölkerung vor Ort
den
Menschen mit Respekt begegnet.

13 Wir setzen uns für legale und sichere Wege zu uns ein – die es im Moment leider
14 nicht gibt
15 –, denn sie sind das Gegenteil der menschenfeindlichen Festung Europa. Zugleich
16 rufen wir
die Bundesregierung dazu auf Fluchtursachen konsequent und umfassend zu
bekämpfen, denn
niemand sollte zum Verlassen der Heimat gezwungen werden.

17 Wir verteidigen das individuelle Grundrecht auf Asyl und stehen zu unseren
18 Verpflichtungen
19 aus der Genfer Flüchtlingskonvention. Dieses Bekenntnis wollen wir mit Leben
20 erfüllen: Mit
einer Politik, die reale Probleme anpackt und echte Lösungen entwickelt, anstelle
Populismus
und menschenfeindliche Positionen zu verbreiten.

21 Bürgermeister*innen, Landrät*innen, Kommunalparlamentarier*innen, Verwaltungen in
22 den
23 Kommunen und Großstadtbezirken, Unternehmen und unzählige Freiwillige und
zivilgesellschaftliche Organisationen arbeiten seit Jahren hart daran:

- 24 • Unterkünfte zu finden
- 25 • den Geflüchteten eine psychosoziale Beratung anzubieten
- 26 • mit Rechtsberatung faire Verfahren zu garantieren
- 27 • und mit Sprachkursen und Arbeitsplätzen eine schnelle Integration und
28 bessere Teilhabe
zu ermöglichen.

29 Für diese große Leistung gilt ihnen unser Dank! Aber Dank ist nicht genug. Es
30 braucht auch
tatkraftige Unterstützung.

31 **Unsere Politik im Bund**

32 Die Bundesregierung muss für eine dauerhafte, strukturelle Finanzierung durch den
33 Bund
34 sorgen, sodass Länder, Kommunen und Bezirke in Großstädten eine bessere
35 Planungssicherheit
36 haben und die Kommunen und Bezirke, die besonders viele Geflüchtete versorgen,
auch mit mehr
Geld unterstützt werden. Wir wollen die Aufnahmekapazitäten dauerhaft erhalten
und
vorhalten.

37 Die Bundesregierung hat zudem den Spurwechsel für Geduldete aus der Asyl- in die
38 Erwerbsmigration geschaffen. Arbeit und Beschäftigung ist der stärkste Motor für
39 Integration
40 und stärkt zudem unsere Unternehmen, die händeringend nach Arbeits- und
41 Fachkräften suchen.

42 Für uns gilt: Wer arbeiten kann, soll es auch dürfen. Wer hierher kommt, soll den
43 Lebensunterhalt auch möglichst schnell selbst verdienen können. Deshalb sollten
Arbeitserlaubnisse zügig und für längere Zeiträume erteilt und bürokratische
Hürden wie die
behördlichen Zustimmungserfordernisse abgeschafft werden.

44 Der im Koalitionsvertrag vereinbarte Familiennachzug muss kommen, denn der im
45 Grundgesetz
46 verankerte „Schutz von Ehe und Familie“ muss auch im Asylrecht gelten. Die
47 Verständigung der
48 Ministerpräsident*innenkonferenz (MPK), dass dieser nicht kommen soll,
49 akzeptieren wir
50 nicht. Durch die MPK wurde versucht ohne die notwendige Legitimation durch die
51 Verfassungsorgane Fakten mit weitreichenden Konsequenzen zu schaffen. Wichtig
52 ist, dass
53 Menschen mit subsidiärem Schutz den nach der Genfer Flüchtlingskonvention
54 anerkannten
55 Geflüchteten gleichgestellt werden und ihre Familien zu sich holen dürfen. Eltern
56 sollten
57 bei einer Familienzusammenführung keine minderjährigen Geschwister von
unbegleiteten
Minderjährigen Geflüchteten zurücklassen müssen. Der erforderliche Sprachnachweis
sollte
ohne aufwendige Bewilligung erst nach Ankunft in Deutschland eingefordert werden.
Unnötige
bürokratische Hindernisse, wie die Überprüfung, ob Menschen in Deutschland eine
eigene
Wohnung und ein ausreichend hohes Einkommen haben, gehören abgeschafft. Zur
Unterstützung
und Beschleunigung des Prozesses sollte dringend der Personalmangel in deutschen
Botschaften
und Konsulaten angegangen werden.

58 **Was das Land Berlin jetzt tun muss**

59 Für eine gelungene Migrationspolitik, Integration und bessere Teilhabe muss
60 endlich auch
61 Berlin handeln. Wir fordern Soforthilfen für die Bezirke bei der Unterbringung
62 und
63 Versorgung von Geflüchteten aus dem Landeshaushalt. Hilfen des Bundes müssen
64 unverzüglich an
65 die Bezirke weitergeleitet werden. Wir fordern eine Stärkung des Landesamtes für
66 Einwanderung, schnellere Anerkennung von ausländischen Qualifikationen, und
67 Beratungsstellen
68 für Geflüchtete in ganz Berlin. Integrationsprozesse können digital schneller und
69 reibungsloser erfolgen. Berlin muss die Vernetzung und Finanzierung dafür

70 stellen. Das
71 Angebot für Sprachkurse und auch von begleitender Kinderbetreuung in Berlin muss
ausgebaut
werden, denn sie sind Grundbedingung für Integration und bestmögliche Chancen auf
dem
Arbeitsmarkt. Berlin muss wie der Bund eigene Immobilien für die Unterbringung
von
Geflüchteten bereitstellen. Eine dezentrale Unterbringung der Schutzsuchenden ist
grundsätzlich vorzuziehen. Wenn Menschen die Möglichkeit haben aus
Erstaufnahmezentren,
Gemeinschafts- oder Übergangsheimen auszuziehen, muss dies gestattet und
unterstützt werden.

72 Wir fordern die Berliner Landesregierung auf, das neue Chancenaufenthaltsrecht
73 der
74 Bundesregierung im Sinne der Geduldeten und der Berliner Unternehmen anzuwenden
und die
Abschiebungen von Menschen, die sich hier ein neues Leben aufbauen, endlich zu
stoppen.

75 **Für ein menschenrechtsbasiertes gemeinsames europäisches Asylsystem**

76 Zu den Grundwerten der Grünen gehört ein klares Bekenntnis zu Europa. Europa ist
77 stark und
78 handlungsfähig, wenn es zusammen steht, solidarisch ist und seine Werte
79 selbstbewusst
80 vertritt - nach Innen und nach Außen. Abschottung ist für uns keine Option -
81 weder in Berlin
82 noch an Europas Außengrenzen. Die großen Aufgaben unserer Zeit müssen
83 grenzüberschreitend
84 und europäisch angegangen werden. Das gilt insbesondere auch für das
85 Handlungsfeld Flucht
86 und Migration. Wir haben uns deshalb immer für ein gemeinsames europäisches
Asylsystem
(GEAS) eingesetzt, das wirksam, menschenrechtsbasiert und lösungsorientiert ist
und das
individuelle Recht auf Asyl wahrt. Der zuletzt durch die Bundesregierung
verhandelte GEAS-
Kompromiss erfüllt diese Kriterien eindeutig nicht. Wir sehen es als Fehler an,
dass die
Bundesregierung diesem Kompromiss zugestimmt hat und unterstützen die grüne
Fraktion im
Europaparlament, die im dortigen Innenausschuss das GEAS-Paket abgelehnt hat.

87 Wir sehen mit großer Sorge, dass weiter Haftlager mit menschenunwürdigen

88 Bedingungen an den
89 Außengrenzen entstehen und auch vulnerable Menschen in diesen inhaftiert werden
90 sollen. So
ist z.B. nicht sichergestellt, dass Menschen mit Behinderungen eine Unterbringung
entsprechend ihrer Bedürfnisse und entsprechend der UN-
Behindertenrechtskonvention erhalten.

91 Außerdem sind für das Festsetzen während des Screenings oder der sogenannten
92 Grenzverfahren
93 keine Ausnahmen für Familien mit Kindern vorgesehen. Viele Kinder werden durch
94 die Reform
95 monatelang inhaftiert werden, was der UN-Kinderrechtskonvention widerspricht.
96 Grenzverfahren
97 dürfen nicht dazu führen, dass weitere Haftlager mit Zuständen wie in Moria an
98 den
Außengrenzen entstehen, die die Würde und die Rechte von Schutzsuchenden
verletzen. Dass es
keine juristische Gegenwehr gegen die Einordnung von Geflüchteten in
Grenzverfahren gibt und
diese sich erst nach Abschluss des Grenzverfahrens und womöglich kurz vor ihrer
Abschiebung
wehren können, ist mit unserem Verständnis von Rechtsstaatlichkeit nicht
vereinbar.

99 Ebenso befürchten wir, dass die Reform weiterhin Antworten auf die systematische
100 Gewalt an
101 den Außengrenzen ausspart und sie damit verstetigt. Im "Krisenfall" oder im Fall
102 einer
103 "Instrumentalisierung" können Rechte von Schutzsuchenden noch weiter beschränkt
104 werden. Die
vorgesehene Krisenverordnung gibt EU-Staaten die Möglichkeit Asylsuchenden
temporär den
Zugang zum EU-Asylsystem zu verweigern unabhängig davon aus welchem Land diese
geflohen sind
und welche Asylgründe sie angeben. Das lehnen wir ab.

105 Es gilt zu befürchten, dass durch die Umsetzung dieser Maßnahmen sowohl
106 irreguläre Migration
107 als auch Leid und Chaos an den europäischen Grenzen noch weiter zunehmen. Wir
108 Bündnisgrüne
109 kritisieren diese Reform, denn Asylrechtsverschärfungen haben in der
110 Vergangenheit
111 vielerorts das Chaos erst geschaffen, das wir jetzt sehen. Nichtsdestotrotz
setzen wir uns
nun konstruktiv für eine möglichst vernünftige und humane Umsetzung der
Rechtsakte ein.

Außerdem gilt es nun umso mehr, Spielräume für Verbesserungen bei der nationalen Umsetzung zu nutzen.

112 **Menschenrechte wahren. Populistische Debatten beenden. Echte Lösungen vorantreiben.**

113 Der Zustand der vergangenen Jahre an den europäischen Außengrenzen, das Leid, das
114 Chaos, der
115 menschenrechtswidrige Umgang mit Geflüchteten, die Gewalt gegen Schutzsuchende,
116 die
117 Menschenrechtsverletzungen von Staaten außerhalb und insbesondere innerhalb der
118 EU, und das
Sterben im Mittelmeer sind unerträglich. Weder die Achtung der Menschenwürde, noch geordnete und rechtsstaatliche Verfahren sind gewährleistet. Auch das treibt viele Menschen zu einer weiteren Flucht innerhalb Europas.

119 Wir fordern, dass die EU die Einhaltung der Menschenrechte und rechtsstaatlicher
120 Verfahren
121 flächendeckend überwacht und Verstöße wie Pushbacks und andere Gewalt gegen
Schutzsuchende
konsequent sanktioniert werden.

122 Abschiebungen in Kriegs- und Krisengebiete wie zum Beispiel in den Iran, nach
123 Syrien oder
124 Afghanistan lehnen wir ab, auch wenn vereinzelte Teile dieser Staaten als
125 vermeintlich
126 sicher beurteilt werden. Wir lehnen es ab Drittstaaten als sicher zu definieren,
127 nicht nur
aber insbesondere wenn diese nicht die Genfer Flüchtlingskonvention ratifiziert haben.
Genauso lehnen wir es ab Menschen in Drittstaaten abzuschieben, zu denen sie keinen Bezug haben oder durch die sie während ihrer Flucht nur durchgereist sind.

128 Sowohl die zivile und staatliche Seenotrettung wollen wir stärken, besser
129 koordinieren und
130 ausreichend finanzieren und lehnen Kriminalisierungsversuche ab, denn das Sterben
131 im
132 Mittelmeer muss beendet werden. Wir nehmen mit Sorge zur Kenntnis, dass eine
133 Gesetzeslücke
134 im zuletzt durch den Bundestag beschlossenen Rückführungsverbesserungsgesetz die Seenotrettung von minderjährigen Geflüchteten und humanitäre Hilfe auf dem Land

kriminalisiert werden kann. Die Regierungskoalition sollte hier Klarheit schaffen und dieses Einfallstor für Kriminalisierung schnell wieder schließen.

135 Die Zusammenarbeit zwischen EU-Kommission und anderen EU-Staaten mit
136 gewalttätigen Milizen wie der sogenannten libyschen Küstenwache muss beendet werden.

137 Wir halten fest, dass Asylrechtsverschärfungen Probleme lediglich verlagern und
138 dazu Neue schaffen. Wir brauchen bessere Bedingungen für Geflüchtete und wirkliche
139 europäische Solidarität statt Abschottung.